

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postgeschäftlokal Dresden 2640

Gebührt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspunkt ist Geschäftsstelle monatlich 200 M. durch unterste Poststelle eingezogen in die Stadt Wilsdruff 200 M. auf dem Lande 200 M. durch die Post bezogen verstreut. Mit dem Postamt und Poststellen sowie anderen Poststellen und Geschäftsstellen nehmen jedeszeit Beziehungen auf. Im Falle dieser Gewalt, Orts oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Bezieher keinen Nachruf auf Lieferung der Zeitung oder Abreise des Bezugspunktes.



Jahresabonnement 200 M. für bis 6 gebürtige Personen über deren Namen, Adressen, bis 2 Spaltige Überzeugungen 200 M. 200 M. für 200 M. und 200 M. für 200 M. Zulassungsabonnement im entlasteten Maß für den Bezugspunkt bis 2 gebürtige Personen 200 M. Nachzulieferungsabonnement 200 M. Überzeugungsabonnement 200 M. 10 M. für die Hälfte der durch Fernpost übermittelten Abreise. Überreichen wir keine Gewalt. Jeder Postkasten wird 200 M. wenn der Bezug durch Klage eingezogen werden muss oder der Bezugspunkt in Brand gesetzt wird.

Erschien seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig. Für den Inseratenstell: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 175

Sonnabend den 29. Juli 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Arbeitgeber und Behörden ausschneiden!

Bekanntmachung der neuen Vorschriften über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

Der Reichstag hat die nachfolgenden Änderungen der auf die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohns bezüglichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes beschlossen. Im § 46 erhalten mit Wirkung vom 1. August 1922 die Abs. 2 und 6 folgende Fassung:

I. Abs. 2. Der Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns ermäßigt sich:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um je 40 M. monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um je 9,60 M. wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 1,60 M. täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um je 0,40 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden;
2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Abs. 2
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 80 M. monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 19,20 M. wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 3,20 M. täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 0,80 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden;

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet;

3. zur Abteilung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge
 - a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 90 M. monatlich,
 - b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 21,60 M. wöchentlich,
 - c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 3,60 M. täglich,
 - d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 0,90 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

Auf Antrag ist eine Erhöhung dieser Beträge zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm zustehenden Abzüge im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7

den Betrag von 10 800 M. um mindestens 1200 M. überschreiten. Über den Antrag entscheidet das Finanzamt.

Sieben Abzüge im wirtschaftlichen Zusammenhang mit anderem Einkommen als Arbeitslohn, so sind sie zunächst von dem anderen Einkommen abzusehen; nur insofern diese Abzüge das andere Einkommen übersteigen, sind sie in die Abteilung einbezogen.

II. Abs. 6. Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit bezahlt, so tritt an die Stelle der Ermäßigungen nach Abs. 2 eine feste Ermäßigung von 5 vom Hundert des Arbeitslohns.

Diese Änderungen treten mit Wirkung vom 1. August 1922 mit der Maßgabe in Kraft, daß die darin vorgesehenen Ermäßigungen nach § 46 Abs. 2, 6 bei jeder Lohnzahlung für den in der Zeit nach dem 31. Juli 1922 gezahlten und nach dem 31. Juli 1922 fällig gewordenen Arbeitslohn eintreten.

Die übrigen, auf die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohns bezüglichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes haben, abgesehen von der Erhöhung der Grenze, bis zu der die Einkommensteuer vom Arbeitslohn durch den ordnungsmäßig vorgenommenen Steuerabzug als getilgt gilt, nämlich von 50 000 M. auf 100 000 M., keine wesentliche Änderung erfahren.

Ändert sind mit hin nur die auf den Steuerbüchern eingetragenen Ermäßigungs-Jahre. Für die Zahl der Personen, für die dem Arbeitnehmer Ermäßigungen zustehen, bleiben jedoch die Eintragungen auf den Steuerbüchern auch weiter maßgebend.

Nossen, den 27. Juli 1922. (1226 A 1) Finanzamt.

Röfung von Ziegenböcken.

Die Besitzer der Ziegenzuchten und die privaten Besitzer in den zur Zeit dem Rörgang unterliegenden Gemeinden Augustusberg, Bockmen, Brochwitz, Choren, Daubring, Deutschenbora, Eulig, Gohlis, Gruna, Hirschfeld, Jilendorf, Klosterhäuser, Korbitz, Lercha, Leubnitz, Meifaßl, Neukirchen, Niederau, Niederaula, Nöllig, Oberau, Obergaula, Obergruna, Oskilla, Questenberg, Rödla, Rothschönberg, Rüssena, Sörnewitz, Starbach, Wachitz, Wahns, Weinböhla, Wendischbora, Wolkau und Zella sowie in den Städten Nossen, Lommatzsch und Seidenlehn haben die für die Verwendung zur Deckung bestimmten, noch ungelösten Ziegenböcke spätestens innerhalb 8 Tagen bei der Ortsbehörde anzumelden. Die eingegangenen Anmeldungen sind von den Ortsbehörden sofort an die Amtshauptmannschaft einzureichen.

Meißen, am 24. Juli 1922. Nr. VZ 83a. Die Amtshauptmannschaft.

Bei uns sind eingegangen vom:

Sächsisches Gesetzblatt das 16. und 17. Stück vom Jahre 1922;
vom Reichsgesetzblatt, Teil I Nr. 34 bis 42 vom Jahre 1922;
vom Reichsgesetzblatt, Teil II Nr. 4 und 8 vom Jahre 1922.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlage in der Haftsturz des Verwaltungsbüros erreichbar ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedem Manns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 27. Juli 1922.

Ter Stadtrat.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Ministerrat in Berlin, der über die bayerische Angelegenheit beriet, wurde vertragt, da Reichspräsident Ebert die verdeckte Initiative zu einem friedlichen Ausgleich ergriffen hatte. Für Donnerstag abend war ein neuer Ministerrat einzuberufen.

* Die Frage der Einberufung des Reichstages wegen des bayerischen Konflikts wird vorläufig abwartend behandelt. Präsident Doebe will den Altersauschuss erst in der nächsten Woche befragen.

* Bayerische Blätter wollen wissen, ob Lord George habe die Abstimmung mit Poincaré bis zum September zu verhindern und bis zur Beendigung aller Vorarbeiten für die Konferenz dem Deutschen Reich einen provisorischen Zahlungsausgleich zu bewilligen.

* Pierpoint Morgan soll Anfang September einer ernannten Abstimmung des Bankierausschusses in Paris zur Besprechung der Anleihenfragen für Deutschland teilnehmen.

* Der politische Reichstag lehnte ein Abstimmenvotum gegen den Staatschef Wilsdruff ab, was die Zurückweisung des Vorwurfs bestätigte.

* Der Rat der Volkskommission in Moskau hat ein Dekret erlassen, durch das alle russischen Geldeinheiten, die bis zum Jahre 1922 gedruckt wurden, vom 1. Oktober an als ungültig erklärt werden.

Einträchtige Arbeit.

Von einem den bürgerlichen Mittelparteien nahestehenden Politiker wird uns aus Berlin geschrieben:

Wanden Reichsposten mag es nicht rasch genug geben mit der Entscheidung des Konflikts, der zwischen Bayern und dem Kaiser unvermeidbar ausgebrochen ist. Aber auf die Freigabe von Entscheidungen kommt es jetzt weniger an, als auf ihre Nichtigkeit, und es kann und darf ja nicht anders sein, als daß die Reichsregierung sich der großen Verantwortung, die sie zu tragen hat, in vollem Umfang bewußt ist. Alle Feinde Deutschlands — und es gibt deren immer noch mehr, als wir uns träumen lassen — lauern nur auf den ersten Spalt, der sich in dem Gefüge des Reichsgebäudes zeigen möchte, um mit gewohnter Geschicklichkeit dann hinein- und nachzustechen und so zum

Einsturz zu bringen, was unsere Väter zusammengeschmiedet haben. Der Ministerrat, der am Donnerstag unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten bestimmte Forderungen an Bayern formulieren sollte, ist zunächst vertragt worden. Wie es heißt, wegen anderweitiger wichtiger Staatsgeschäfte des Reichsverbaupries. Man darf aber wohl als sicher annehmen, daß diese anderweitigen Geschäfte gleichfalls mit der Bayern-Angelegenheit in Verbindung stehen, denn eine wichtigere Aufgabe als diese steht im Augenblick ganz gewiß für unsere regierenden Herren nicht auf der Tagesordnung.

Werktürlid ist bei all den Auseinandersetzungen, aus denen wir nicht herauskommen, wie sehr doch immer wieder das allgemeine Vertrauen, sobald die Dinge schief zu gehen drohen, sich der Person des Reichspräsidenten zuwenden, dessen hohes Pflichtgefühl, getragen von wertschätzender Besonnenheit, als eine verhältnismäßig frühere Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens im Reiche geschätzt wird, und zwar sichtlich bei fast allen Parteien von links nach rechts. Herr Ebert sieht denn auch diesmal wieder seinen ganzen Einfluss dafür ein, daß es zu seiner weiteren Verschärfung des Konflikts mit Bayern kommt, und daß man ohne Anwendung der letzten verfassungsmäßigen Mittel sich wieder zu einträchtiger Arbeit für das Wohl des Reiches zusammenfindet. Auch der Reichspräsident Doebe ist für irgendwelche Überprüfung der zu fassenden Entscheidungen nicht zu haben, und dem Reichskanzler kann selbstverständlich auch nichts davon gelegen sein, gegen Bayern vom Leder zu ziehen, so lange noch büßen wie drüber Vermittlungsbemühungen im Gange sind. Man sieht einer persönlichen Fühlungsnahme zwischen ihm und dem Grafen Berchtold entgegen — alles das natürlich unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß Bayern sich bereit findet, die formale Rechtsseinheit, das heißt also die Rechtsverbindlichkeit verfassungsmäßig zustande gekommener Reichsverträge, auch für Bayern vorbehaltlos anzuerkennen. Der Entschluß dazu wird ihm aller Wahrscheinlichkeit nach durch Langjähriges prozessualer Natur erleichtert werden. Jedenfalls werden sich die Schwierigkeiten, die unzweifelhaft vorliegen, nicht als unüberwindlich erweisen, wenn

und so lange nur der ernsthafte Wille zum Frieden auf beiden Seiten vorhanden ist.

Den zu fassenden Entscheidungen hat die Reichsregierung eine Art Aufruf an Bayern vorausgeschickt, wonach der Erlass einer besonderen Landesrechtlichen Verordnung durch die bayerische Regierung entgegen dem Inhalt der Reichsgesetze zum Schutz der Republik als ein folgeschwerer Schritt bezeichnet wird. Zum erstenmal seit der Begründung des Reiches sei damit der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einem verfassungsmäßig zu standegemachten Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigert. Einstimig sei die Reichsregierung der Auffassung, daß diese Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig sei. Würde man den Ländern die Befreiung zugestehen, das Intrastreiten eines Reichsgesetzes zu verhindern, so würde das mit Recht eine Gefährdung der deutschen Reichseinheit bedeuten. Auch davon dürfe nicht gesprochen werden, daß das Gesetz zum Schutz der Republik die in der Verfassung begründete Grundlage wahrer Demokratie versehe und den Tendenzen zur Errichtung einer Klassenherrschaft und eines sozialistischen Einheitsstaates entgegenkomme. Dieser Vorwurf müsse um so nachdrücklicher zurückgewiesen werden, als er sich nicht nur gegen die Reichsregierung und gegen die Verantwortung für Reich und Verfassung sich bewußter großer Parteien, sondern auch gegen die Regierungen aller andern deutschen Länder richtet. Die Reichsregierung bedauerte um so mehr, daß durch den Schritt der bayerischen Regierung neue Witen und Gefahren über Deutschland heraufschwören werden, als die außenpolitische Lage des Reiches gerade gegenwärtig ein elunütiges Zusammensein von Ländern und Reich zur Pflicht mache. Andererseits wird in der Erklärung anerkannt, daß der bayerische Ministerpräsident auch jetzt wieder ein klares und festes Bekenntnis zum Reiche und zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform abgelegt hat. Auf Grund dieses Bekenntnisses erwartet die Reichsregierung, daß Bayern sich den Forderungen nicht entziehen werde, welche sie im Interesse der Einheit des Reiches zu stellen genötigt sein werde.

Gegen Ton und Inhalt dieses Aufruhs wird in Bayern schwerlich etwas Durchschlagendes eingewendet werden können. Auch dort scheint die erste Erregung verlogen zu sein, so daß man hoffen darf, den an und für sich sehr traurigen Zwischenfall alsbald wieder aus der Welt geschafft zu sehen.

Nordbayerische Meinungen.

Bei dem Empfang nordbayerischer Bürgermeister durch den Ministerpräsidenten Grafen Berthold erklärte der Vorsitzende der Abordnung, infolge der herrschenden Unzufriedenheit über die Absichten der Regierung und der Regierungsparteien sei in den nordbayerischen Städten eine liegende Erregung entstanden. Er wies auf Gerüchte hin, die über Löslösungabsichten dort verbreitet waren. Inzwischen sei die Verordnung mit der Begründung durch die Staatsregierung erschienen, weiterhin sei über die Absichten der größten bayerischen Partei eine eingehende Darlegung erfolgt. Auf Grund der neuen Tatsachen erachte der Vorsitzende eine Klärung insofern als gegeben, als die Besorgnisse über die Absicht einer Löslösung vom Reich jeder Grundlage entstehen. Er bezeichnete ferner die Fortsetzung der eingeleiteten Ausklärungsarbeit als erwünscht um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.

Kein Generalstreik gegen Bayern.

Zu einer aus Berlin kommenden Meldung über angebliche Vorbereitungen des Aktionsausschusses der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien betreffend einen eventuellen Generalstreik und die Abschaffung Bayerns von den Rohstoff- und Kostengütern des übrigen Reiches erklärt die sozialdemokratische Münchener Post, daß hierzu nicht der mindeste Anlaß gegeben sei. Selbstverständlich habe die Leitung der Sozialdemokratie so gut wie die jeder anderen Partei das Recht, in Anbetracht der außerordentlichen Lage in Beratungen über sie einzutreten. Was man aber in dieser Meldung als Ergebnis schon im voraus verluden zu dürfen glaube, sei lediglich Stimmungsmache und ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Zärmchen im bayerischen Landtag.

In der Mittwochssitzung des bayerischen Landtags kam es nachmittags zu erregten Auseinandersetzungen. Der unabhängige Abgeordnete Rillich griff die Regierung heftig an, nannte sie die „Partei der Menschenmörder“ und betonte, daß, wenn die bayerische Regierung so fortfaßte, sie von der Geschichte auf die gleiche Stufe wie Zarenreich geteilt werden würde. Ein ungeheuerer Lärm erhob sich auf der Rechten des Hauses. Der Präsident erließ dem Abg. Rillich zwei Ordnungsrufe, und aus der Rechten hörte man den Ruf: „So ein Kerl sitzt im Landtag“, worauf die Linke in Entrüstung geriet und der Ausruf zur Ordnung gerufen wurde. Die heftige Polemik zwischen den Parteien dauerte bis zum Schluß der Sitzung an.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Fehlbeträge der Post.

Nach dem vorläufigen Abschluß des ordentlichen Haushalts des Reichspostministeriums für 1921 betrugen die Einnahmen 10,287 Milliarden Mark, während sich die Ausgaben auf 13,252 Milliarden Mark belaufen. Hieraus stellt sich der vorläufige Fehlbetrag auf 2,965 Milliarden Mark, das ist gegenüber dem Haushaltshaushalt für 1921 von 3,858 Millionen Mark eine Verbesserung um 893 Millionen Mark. Der Fehlbetrag ist hieran wesentlich geringer, als bei der Ausschöpfung des Haushalts für 1921 und seiner Nachträge angenommen war. Die Verbesserung des Ergebnisses ist, abgesehen von den Gebühren erhöhungen, im wesentlichen auf die von der Post- und Telegraphenverwaltung eingeleiteten Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Bezeichnung zurückzuführen.

Die entwendeten französischen Fahnen.

Anfang 1919 wurden französische Fahnen aus der Garnisonkirche in Potsdam nach dem Berliner Zeughaus und später nach dem Kriegsministerium verbracht, wo sie entwendet worden sind. Die französische Regierung hat die Auslieferung dieser Fahnen verlangt. Wehrer ist es nicht gelungen, die Täter auffindig zu machen. Die Reichsregierung wird daher jetzt eine Belohnung von 100 000 Mark auf die Aussöhnung der Täter aussetzen.

Die Todfeinde

Originalroman von Heinrich Alfred von Boern.

„Gnädigste Frau.“ Achim zog Frau von Doenads Hand an die Lippen, „ich bitte sehr um Verzeihung für den Ueberfall!“

„Wir haben Sie schon erwartet, Sie — Lebensretter, und nun lassen Sie sich auch von mir aller, allerinnigst bedanken!“

Meine kleine Höflichkeit war wirklich nicht der Redewert und — seine Blüte glitten suchend durch das Zimmer — „Ich will nicht hoffen, daß die Ausregung schändliche Folgen gehabt hat.“

„Rein, meine Richtie sieht nur schnell in der Küche nach dem rechten.“

Da öffnete sich lautlos die Tür:

„Willkommen in Schwarzenau, Herr von Hagen!“

„Gräfin! Und — meine aufrichtigsten, gedanktsten Glückswünsche!“

„Oh! Woher wissen Sie denn?“

„Gräßliches Taschenbuch, Ausgabe neunzehnhundertzwanzig, Seite zweihundertdreißig!“

Aus dem Nebenzimmer langt ein Geräusch, als würde dort etwas Schweres von zwei Leuten getragen — dann knallte die Tür, Signe schlug die Vorhänge zurück.

„O Gott — wie wundervoll!“

Es war das Blumenarrangement und der in Seidenpapier eingehüllte Tüpfelkuss mit Schokolade.

„Herr von Hagen!“

Achim hob die Bonboniere aus den betäubend duftenden Rosen heraus und wies auf eine Kiste.

Mühelos ließ sich der Deckel abheben, und dann ein Schluchzen —

„Mein Bod!! — Mein Bod!“

„Wann hat meine Richtie einen Bod geschossen, und wo?“

„Ah, Tant!, das erzählte ich dir später mal, ja? Deut' frag' nicht lange! Sieh doch nur diese Stangen, diese Perlen! Herr von Hagen, eine schöner Geburtstagstrunk hätten Sie mir nicht machen können!“

Wieber hielt er ihre Hand in der seinen.

Kredithilfe für Studenten.

Einem Antrag der Regierung auf Kreditbeihilfe des Reiches an die Wirtschaftsbüro der deutschen Studentenschaft stimmte der Überwachungsausschuß des Reichstages zu. Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern begründete diese Beihilfen, die ein unterjüngliches Darlehen von 15 Millionen Mark als Betriebskapital zur Erhaltung und zum Ausbau der Studentenspeisungseinrichtungen sowie einen Beitrag von 30 Millionen Mark zur „Darlehnskasse der Deutschen Studentenschaft“ vorsehen.

Italien.

„Blutige Straßenlämpse.“ In Ravenna hat sich die seit einigen Tagen herrschende Spannung zwischen den faschistischen und den Linksparteien zu außerordentlich blutigen Straßenkämpfen mit zahlreichen Todesopfern entwickelt. Die Kommunisten hatten vom Lande Versicherungen herangezogen und den offenen Kampf gegen die faschistischen aufgenommen. Hierbei wurden durch drei Bomben mehrere Personen verletzt. Ein Faschist wurde zu Tode geprügelt. Als die Polizei einschritt, kam es zu regelrechten Straßenlämpsen, die über eine Stunde dauerten und bei denen es zahlreiche Tote und Verletzte gab.

Rußland.

„Englands Weißbuch über die Haager Verhandlungen.“ Das englische Weißbuch über die Haager Konferenz hebt besonders die kategorische Weigerung der Sowjetunion in der Frage der Wiedererstattung hervor. Der Versuch, praktische Sicherheiten zu kompensation zu finden, sei gescheitert. In Wirklichkeit seien die Beschlüsse von Cannes nicht angenommen. So lange die russische Regierung nicht besteht sei, mit fremdem Geist und fremdem Kapital zusammenzuarbeiten, könne die russische Industrie sich nicht erholen. Augenblicklich sei keine Einigung möglich.

Polen.

„Der Reichstag gegen Koranthy.“ In der Volksversammlung wurde durch namenlose Abstimmung das Misstrauensvotum der Rechten gegen den Staatschef Pilсудski mit 50 gegen 187 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt. Sofort nach Bekanntgabe des Resultats der Abstimmung verließen die Rechtsparteien mit dem nationalsozialistischen Trümmerknast demonstrativ den Sitzungssaal, während die zurückgebliebene Linke und die Sozialisten patriotische Gesänge anstimmten.

Moratorium und Anleihe.

Immer wieder Konferenzen und Beratungen.

Auch dieser Sommer scheint unter lauter Ankündigungen von neuen Konferenzen über die Notwendigkeit eines Moratoriums oder einer Anleihe für Deutschland schwanken zu sollen, ehe daß es zu irgendeiner positiven Entscheidung kommt. So wird jetzt wieder aus London berichtet, es werde bei den dortigen maßgebenden Stellen erwogen, ob die Zusammenkunft Boinards mit Lloyd George nicht um einige Wochen verschoben werden sollte. Auch die „Times“ berichtet, daß in ministeriellen Kreisen Anfang September eher als das geeignete Datum angegeben wird. Es wird ausgeführt, daß es leicht sei, Deutschland ein zeitweiliges Moratorium für die nächsten Zahlungen zu bewilligen. In der „Westminster Gazette“ wird betont, wenn die Zusammenkunft der beiden leitenden Männer Frankreichs und Englands so lange in der Schwebe bleibe, müsse unbedingt Deutschland ein Moratorium für die August-Zahlung bewilligt werden, da es, falls Deutschland gezwingt würde, diese zu leisten, zweifellos einen weiteren Fall der Mark nach sich ziehen würde und auch den Franken in Willeidenchaft zöge. Aber diese Verlängerung wird die Frage nicht auf lange Zeit lösen, und der Ausblick Europas auf den kommenden Winter wird nur weniger dunkel sein, wenn man auffrischig verucht, eine Lösung zu finden, durch die die Reparationssumme auf eine vernünftige Höhe zusammengetrieben wird.

Neue Bankierberatungen.

Schon vor einiger Zeit wurde behauptet, die seinerzeit als zwecklos vertragte Bankierkonferenz sei bereit, unter den heutigen Umständen ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

„Chicago Tribune“ behauptet, daß Pierpont Morgan aus einer offizielle Anfrage der französischen Regierung aus England mitgeteilt habe, daß er bereit sei, einer

„Dann ist der Zweck erreicht, und — Gräfin, wollen Sie mir einen Wunsch erfüllen?“

„Ja — ?“ Es langt doch ein wenig zaghaft.

„Schließen wir Frieden!“

Sie lächelt.

„Frieden? Muß da nicht erst ein Waffenstillstand vereinbart werden?“

„Gut — Waffenstillstand bis — na sagen wir — Jahresende!“

„Einverstanden, Herr von Hagen, und jetzt — als äußeres Zeichen der Verlöhnung — eine Friedenspfeife in Gestalt einer Zigarette.“

Nun wurde Käffee getrunken, Schaumwasseln dazu gegessen und lustig geplaudert.

Achim lehnte sich in den bequemen Rohrsessel zurück.

„Ja, Gräfin, und was ich noch fragen wollte: wie geht es denn Ihrem Achzechnender?“

„Meinem Achzechnender?“

„Natürlich, er steht doch auf Schwarzenauer Revier, wenn er auch gelegentlich mal bei mir 'ne Gastrolle gibt. Heute früh hatte ich ihn auf zwanzig Schritte, fertig gelegt.“

„Und Sie — Sie haben ihn nicht geschossen?“

„A, wo werd' ich denn?“ Achim schmunzelte. „Ihr alter Waldmensch, der Drehler, hat mir ja auf die Seele gebunden, den Kapitalen um Himmels willen leben zu lassen!“

„Nein, das ist doch unerhörlich!“ Signe Augen blitzen. „So ein Schaf! Und zwei Päckchen guten Rippenfleisch hab' ich dem Kerl gegeben —“ Sie wurde rot und stotzte —

„Damit er auf den Hirsh aufpaßt und mir aus dem Wege geht, nicht wahr?“

„Das — das wissen Sie auch?“

„Selbstverständlich! Von mir bekommt der Alte jedesmal zwei Zigaretten — ist das nun am Ende gar Beamtenbesitzung? Nun will ich Ihnen einen Vorschlag machen, Gräfin. In drei Tagen haben wir den ersten September, von da an ist der Hirsh frei — für jeden von uns. Schieße ich ihn, so bezahle ich Ihnen eine Brosche aus dem Haten! Haben Sie Weidmannsheil, so bekomme ich die Grond'l in als Schlippsnadel — soll es gelten?“

„Mit Vergnügen! Tant!, bitte, schlag mal durch!“

Nach einiger Zeit wollte Achim sich empfehlen. Vorher

Sitzung des Bankierausschusses in Paris Anfang September beizuhören. Das französische Kabinett glaubte, daß die alliierte Kontrolle der deutschen Finanzen eine ausgezeichnete Grundlage für die Anleihe sei und ein vierter Moratorium die Klärung der politischen Atmosphäre gewährleisten werde.

Vor allen Dingen hält man in Frankreich an dem Gedanken fest, daß zunächst alle Versuche Deutschlands Wirtschaft in Ordnung zu bringen, einzig und allein um französischer Interessen willen geschehen müßten. Rücksicht auf das übrige Europa scheinen in Paris unbekannt zu sein. Solange die französischen Außenpolitiker über diese ihre Eigenart nicht hinwegkommen, sind sie ungeeignet, zur allgemeinen Gefügung etwas beizutragen.

Rotopfer und Zwangsanleihe.

Abrechnung zu viel gezahlter Beträge.

Nach Paragraph 36 des Vermögenssteuergesetzes ist das Reichsrotopfer nur in Höhe von 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber in Höhe von 33% Prozent des gesamten Rotopfers, und bei Vermögen über 1.027.000 Mark mindestens in Höhe von 40 Prozent des gesamten Rotopfers zu entrichten. Die hierüber hinaus bereits entrichteten Rotopferbeiträge sind auf Antrag entweder zurückgestattet, oder auf die gleichende Zwangsanleihe anzurechnen. Wer von dem letzteren Recht Gebrauch machen will, hat den Antrag gleichzeitig mit der Abgabe der Vermögenssteuererklärung, die im Januar 1923 stattfinden soll, zu stellen. Als Beitragsurst wird, da sich die überzahlten Beiträge bereits im Besitz des Fiskus befinden, der des Juli, also 94 Prozent angerechnet. Wer also zum Beispiel durch Hingabe selbstgezeichnete Kriegsanleihe oder in bar sein Rotopfer in Höhe von 200.000 Mark entrichtet hatte, hierauf aber 80.000 Mark zurückzuhalten und an Zwangsanleihe 90.000 Mark zu zeichnen hat, erhält bei einem entsprechenden Antrag 80.000 Mark unter Zugrundelegung eines Belebungskurses von 94 Prozent, also 85.100 Mark, angezählt, so daß er nur noch 4000 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen hat.

Hier nach ist es zwecklos, schon jetzt solche Anträge auf Anrechnung bei den Finanzämtern zu stellen. Wer Anrechnung über zahlreiche Reichsrotopfer bezieht auf Zwangsanleihe beantragen will, braucht vorläufig in dieser Sache keine Schritte zu tun. Es genügt, wenn der Antrag bei Abgabe der Vermögenssteuererklärung gestellt wird; der günstige Juli-Belebungskurs von 94 Prozent ist dann auf jeden Fall gesichert.

Welt und Volkswirtschaft

Was kosten fremde Werte?

(„Brief“ = angeboten. „Geld“ = gesucht.)

Börsenländer	27. 7.		26. 7.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland	100 Gulden	20019,00	20100,10	19950,00	20000,00
Dänemark	100 Kronen	11151,00	11179,00	11076,10	11103,90
Schweden	100 Kronen	19458,10	13491,80	13388,25	13140,75
Norwegen	100 Kronen	8729,05	8760,95	8879,10	8700,90
Schweiz	100 Franken	—	—	9742,90	9787,20
Amerika	1 Dollar	519,84	521,18	518,35	514,85
England	1 £	2307,10	2312,90	2292,10	2279,90
Frankreich	100 Franc	4314,80	4325,40	4289,05	4290,75
Belgien	100 Franc	4089,15	4100,15	4041,90	4055,10
Italien	100 Lire	2582,00	2538,00	2352,35	2357,95
O.-Öster.	100 Kronen	—	1,48	1,48	1,47

125—150, da gelbe 950—1150, Mapatkuchen 775—800, Leinkuchen 150—1900, Tafelchenkittel 660—680, vollwertige Baderchäubel 20—750, Tafelklasse 30—70 460—470 M. Auch füller, Richtungsfeld, Großhandelspreise per 50 Kilogramm ab station: braucht. Roggen- und Weizenstroh 205—235, bezgl. Salzstroh 205—225, bindeladengr. Roggen- und Weizenstroh 90—220, gebündeltes Roggenlangstroh 205—235, loses und gerolltes Krummstroh 170—190, Häufel 270—285, handelsüb'l. u. 410—450, gutes Hen 450—520 M.

Nab und Fern.

○ Kriegergräberfürsorge. Der „Vollsbund deutsche Kriegergräberfürsorge, e. V.“, hat von dem preußischen Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege die Erlaubnis erhalten, Sammlungen zu veranstalten. Der Bund beschäftigt sich mit der Herrichtung und Pflege deutscher Kriegergräber im In- und Auslande. Außerdem will er den Hinterbliebenen der Gefallenen in allen Angelegenheiten der Kriegergräber behilflich sein.

○ Der Rathenau-Nordprozeß. Die Untersuchung im Rathenau-Nordprozeß wird immer noch von der Berliner politischen Polizei geführt. In den letzten Tagen wurden mehrere Personen verhaftet unter der Anschuldigung, den Wörtern auf der Flucht Hilfe und Beistand geleistet zu haben. Die Hauptverhandlung gegen alle Personen, die an dem Nord beteiligt sind, wird vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt worden.

○ Scheidung einer prinzlichen Ehe. Die Ehe des Prinzen Helmut XXXIII. von Reuß j. L. und der Prinzessin Viktoria Margarethe von Preußen, einer Tochter des Prinzen Leopold, ist in Berlin geschieden worden. Die Ehe, aus der zwei Kinder hervorgingen, ist im Mai 1913 zu Potsdam geschlossen worden.

○ Ehrliche und unrechte Eisenbahner. Im Laufe des vergangenen Jahres sind in Erfurt und Magdeburg ungewöhnlich viele von Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeitern begangene Diebstähle aufgedeckt worden. Demgegenüber veröffentlicht die Eisenbahndirektion nun auch die Namen der Beamten und Arbeiter, welche in ihrem Dienstbereich Verschärfen und Geldbeträge gefunden und abgeliefert haben. Die Liste der Ehrlichen umfasst für den Monat Juli hundert Namen. Besonders wird hervorgehoben, daß Beamte nicht nur sehr hohe Beträge (in einem Falle 249 000 Mark), sondern auch ganz geringe Werte, 10 Mark und weniger, zur Anzeige bringen und abliefern. Die Liste beweist ferner, daß in den deutschen Eisenbahnen täglich unendlich viele Geldsäcke und Brieftaschen mit Inhalt, Schmucksachen usw. von den Reisenden vergessen werden.

○ Der Vaderzug Berlin—Norddeich entgleist. Von dem Vaderzug Berlin—Norddeich sind bei Ocholt beide Packwagen entgleist. Es entstand großer Materialschaden. Personen wurden nicht verletzt, da der Zug langsam fuhr.

○ Großfeuer im Hamburger Hafen. Im Hamburger Freihafen entstand ein Großfeuer, das mit rasanten Schnelligkeit um sich griff und für mehrere Millionen Mark Tabakwaren zerstörte. Über die Entstehungsursache ist nichts bekannt.

○ Unwetter im Siegkreise. Verheerende Folgen verursachte ein Hagelweiter im größten Teil des Siegkreises. Von dem Unwetter wurden fruchtbare Gegend schwarz getroffen. Die Ernte, die als befriedigend bezeichnet werden konnte, ist bis zur Hälfte und mehr vernichtet. Besonders wurden die Baumfrüchte in Mitleidenschaft gezogen.

○ Geburtenrückgang in Frankreich. In Frankreich ist die Zahl der Geburten im letzten Jahre noch weiter zurückgegangen als bisher. Statistiker haben ausgerechnet, daß im Jahre 1925 einer Anzahl von 750 000 Todesfällen nur noch 450 000 Geburten gegenüberstehen werden.

○ Papiermarken anstatt Kronen. Ein Bankinstitut in Magdeburg sandte einen Geldbrief mit fremden Baluten nach Wien, jedoch fand man in Wien in dem Brief nur Papiermarken. Die Vernehmung führte zu der Verhaftung eines Angestellten des Instituts. Man fand bei ihm den ganzen Inhalt des Geldbriefes, der 4 Millionen Kronen betragen hatte.

○ Goldfunde auf Island. In der Nähe der Hauptstadt Islands machte man vor einiger Zeit beim Brunnenbohren Goldfunde. Das führte zu weiterem Suchen nach Gold, und die Bohrungen waren vom Glück begünstigt. Es wurde bereits eine Aktiengesellschaft zur Ausübung der Goldlager gegründet.

Neueste Meldungen.

Kurze Verschiebung der Londoner Konferenz.

DA Berlin. An diesen diplomatischen Kreisen, die über die Ansichten in London und Paris wohl unterrichtet sind, verlaufen mit Bestimmtheit, daß im Hinblick auf die Londoner Befreiung ein Mittelweg beschritten werden soll. Danach würde die Konferenz zwar verschoben, aber nicht bis Anfang September, sondern nur etwa bis zum 10. August. Die endgültige Entscheidung über das Datum der Londoner Befreiung fällt sofort nach Wissung der italienischen Regierungskräfte.

Bermondt aus Hamburg ausgewichen.

Berlin. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist der seinerzeit aus Preußen wegen unberichtigter Ordensverteilung ausgewichene Politikusführer Bermondt aus dem Hamburger Gebiet als lästiger Ausländer ausgewichen worden.

Die Stimmung in Bayern.

DA München. Die ruhige Haltung der Reichsregierung sowie die streng lachende Bevölkerung des Angelegenheit des Konfliktes mit Bayern durch das Reichskabinett hat in weiten Kreisen der bayerischen Bevölkerung Eindruck gemacht. Es regen sich selbst in den Kreisen der christlichen Volkspartei und auch in den Mittelparteien lebhafte Bedenken darüber, ob das Vor gehen der bayerischen Regierung berechtigt und vor allem für die Interessen des Reiches zweckmäßig war. Die bayerische Regierung ist zu einer Sitzung zusammengetreten, in der sie sich mit der Rundgebung der Reichsregierung beschäftigte. Es ver lautet, daß die bayerische Regierung beobachtigt, die Entscheidung des Reichsgerichts gegen die Erklärung der Reichsregierung anzutreten.

Zusammenkunft der drei Süddeutschen Staatspräsidenten. AD Stuttgart. Der württembergische Staatspräsident Bieber, der bavische Staatspräsident Hammel und der hessische Staatspräsident Ulrich trafen zu einer Befreiung zusammen, in der sie die durch das bayerische Vorgerufen geschaffene Lage in ihrer kontreblastischen Bedeutung für ihre Länder besprechen werden. Die Staatspräsidenten sowie die Regierungen Württembergs, Badens und Hessens stehen voll hinter der Reichsregierung.

Grubenunglücks bei Dortmund.

Dortmund. Auf der Heide „Dorfstraße“ sind drei Bergleute zu Tode gekommen. Als sie in einem 150 Meter tiefen Gelenke ihr oberen Sohle fuhren wollten, brach infolge eines Desetts in der Tiefenwelle plötzlich das Seil und der Korb stürzte in die Tiefe. Zwei Bergleute waren sofort tot, der dritte ist kurz bei danach seinen schweren Verletzungen erlegen.

An unsere Leser!

Die schräge Ausbildung der deutschen Verhältnisse als Folge der leichten politischen Wirken läßt die Gefahren für den Bestand des deutschen Zeitungsgewerbes in ungeheurem Ausmaße anwachsen.

Die Marktwertung bringt gleichzeitig eine Geldnäppheit mit sich, die jeder Unternehmer, der nicht über riesige Reserven verfügt, von Woche zu Woche stärker zu fühlen bekommt und die ihm schwere Sorge für die Zukunft bereiten muß. Neben den Rohsteigerungen gehen die Gehalts erhöhungen einher, weil die Teuerung auf allen Wirtschaftsgebieten in ungeahnter Weise sich auswirkt. Das Zeitungspapier wird davon ebenso wenig verschont wie die Farbe und alle anderen Materialien. Die Einnahmen aus den wenn auch erhöhten Bezugs- und Anzeigenpreisen können nirgends ausreichen, um das Mehr bezahlen zu können, das die Teuerung täglich verursacht. Schwärzer als je liegt die Zukunft vor uns, weil noch kein Angelchen dafür vorhanden ist, daß der Aussperrung Deutschlands durch die Reparationslasten Einhalt geboten wird.

Unsere Hauptposten in den Geschiebungslosen wachsen von Monat zu Monat. Für Juli ist der Papierpreis auf rund 20 M für ein Kilogramm, die Frachterhöhung und Kohleneuerung eingerechnet, gestiegen. Es muß ein beträchtlich höherer Papierpreis für August beschriften werden, weil die Deutsche Handelsindustrie für Juli den Preis für normales Holzstoff auf 940 M gegenüber dem bisherigen Preis von 820 M festgelegt und der Verein der Selbstföhrer ab 1. Juli den ungestiegenen Holzstoff auf 1750 M gegen bisher 1425 M erhöht hat. Nirgends tut sich ein Lichtblick auf Stabilität der Verhältnisse auf, und dazu werden jetzt die Steuern erhöhen, in einer Zeit, wo eigentlich kein Pfennig entbehrt werden kann. Dazu bringt die fort schreitende Jahreszeit enorme Licht- und Heizungskosten.

Unsere bisherigen eigenen Maßnahmen, der Teuerung zu steuern, erwiesen sich in erfreulichem Maße als durchaus ungünstig. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß auch Zeitschriften, die bisher noch mit Ueberschuss abschlossen, heute verlustbringend geworden sind.

Auf das Hundertfache ist der Papierpreis für Juli gestiegen; wie mag er im August sich gestalten? Was wird noch alles hinzutreten? Und in welchem Verhältnis hierzu steht der deutsche Bezugspreis. Jeder Leser wird uns zugestehen, daß die sächsischen Verleger mit ihren Bezugspreisen seine unbefriedigenden, gleichwie denn unberichtigten Forderungen stellen. Man vergleiche doch nur die Steigerung aller Lebensmittel und aller anderen Artikel für den täglichen Bedarf mit den Steigerungen der Zeitungspreise.

Als Rücksicht für den August soll nach einer soeben von der Berufsvertretung der Zeitungsverleger eingegangenen Mitteilung für eine täglich erscheinende Zeitung ein Bezugspreis von Mindestens 40 M dienen. — Das „Berliner Tageblatt“ kostet heute schon 90 M monatlich, die „Tägliche Rundschau“ 75 M, die „Germania“ 60 M, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ 80 M, der „Berliner Volksanzeiger“ 70 M. Die Abreitentpreise haben sich u. a. erhöht je Zeile beim „Volksanzeiger“ auf 30 M, beim „Berliner Tageblatt“ auf 42 M, bei der „Täglichen Rundschau“ auf 25 M. Interessant ist es, festzustellen, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Anzeigenpreise nach dem Goldwert berechnet, und zwar kosten bei ihr Anzeigen 20 M Goldwert je Zeile. Die deutsche Presse wird im allgemeinen an einer ganz erheblichen Erhöhung der Abonnements- und Anzeigenpreise nicht vorbeikommen können, wenn sie ihrer Aufgabe, eine Dienerin der Dessenlichkeit zu sein, in diesen schwierigen Zeiten nachkommen will. Die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Notlage der deutschen Presse sind leider bis jetzt von dem Reichsparlament noch nicht beschlossen worden, wohl hat man allgemein erkannt, daß es unabdingt notwendig ist, eine Hilfsaktion zu Gunsten der deutschen Presse verpflichtet, Ehe sie eintreten kann, ist die deutsche Presse verpflichtet, sich selbst zu helfen und sich einen Ausgleich für die dauernd steigenden Preise durch eine Erhöhung ihrer Einnahmen zu suchen.

Laienden außerhalb unseres Berufes haben wir jederzeit treu mit Rat und Tat beigestanden; jetzt gilt es für alle Leser in Stadt und Land, ihrem heimatlichen Blatte in der Zeit der Not treu zu bleiben und Gleicher mit Gleicher zu vergelten.

Vereinigung mittelsächsischer Zeitungsverleger.

900 000 Mark Strafe für Steuerhinterziehung.

Hagen. Gegen einen Steuerflüchtigen aus dem Bezirk Hörde, der in den beiden letzten Jahren Steuern hinterzogen hatte, wurden an Nachsteuer und Vermögensabgabe 212825 Mark und weiterhin an Strafe 800 000 Mark festgesetzt. Nur der Umstand, daß das Finanzamt Jahr für Jahr ansteigt, rettete den Steuerflüchtigen davor, daß der gesamte Betrag der hinterzogenen Steuer, also rund 10 Millionen Mark, als Strafe schaute.

Neue Kämpfe in Irland.

London. Nach den letzten Meldungen aus Dublin ist die Stadt Castlereagh von den Freistaaten eingenommen worden. Die Republikaner ziehen sich in wilder Unordnung in der Richtung auf Cork zurück. Die provisorische Regierung wird die Feindseligkeiten nicht eher einstellen, bis sich die Republikaner bedingungslos ergeben haben.

Aufsehen in Galizien.

Kowno. Die antisemitische Bewegung in Galizien nimmt den Charakter eines offenen bewaffneten Aufstandes an. So wurden die Gebäude der Polizeiverwaltungen in Przemysl, Jaworow und Ugniew in die Luft gesprengt. In Lublin wurden Magazine der Militärverwaltung und der Bahnhof in Brand gestellt. Die ukrainischen Banden verbrennen polnische Güterhäuser und überfallen die Militärposten und Sendungsstationen. Eine Reihe höherer polnischer Beamter wurde getötet.

Kammerauflösung in Italien?

Rom. Nach dem Scheitern der Kabinettsschließung durch Bonomi ist die italienische Ministertruppe wieder völlig offen. Eine Einigung erreicht nur möglich, wenn beide Gruppen Abstriche vor ihren Forderungen machen. Von den Republikanern unter Führung Biolitti wird die Auflösung der Kammer und die Bildung eines Geschäftskabinetts als einziger Ausweg bezeichnet.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 28. Juli.

Das Korn reift. Wer jetzt sinnend am Rande der Felder steht und das Korn ernten sieht unter einem süßen Wind, der empfindet mit doppelter Gewalt jene geheime, tragische Unterstimmung, die im Sommer leise anhebt. Nicht, daß der grelle Wahn wie Lodensadel in Blut getaucht uns in die Augen brennt oder der Geruch des Heus von den Wiesen uns die Gewißheit vom Ende alles Lebens in den Tod gibt ... auch das wird uns bewußt, daß alles, was Frucht geben soll, vorher

geschnitten sein muß, daß wie in dämmer Ahnung die Aehren schon jetzt die Stunde in der Fülle ihrer Reifung spüren und schauernd des Schnittes barren. Heuer ist eine besondere Weise, wie ein Heiliges, Vollserhaltendes, ja, wie das Leben selbst und sein unbezwingbarer Willen, sich zu behaupten, wenn der Bauer hinausgeht, das erste Korn zu mähen: das erste neue Brod! Wir werden erst dann vielleicht es recht begreifen, was das heißt, wenn wir uns im Geiste einmal nach Südrussland vertreiben, wo Millionen armer Menschen, Menschen, wie wir, wie die geringsten Tiere verenden — weil ihnen eben dies neue Brod fehlt, nur dies! Wer dessen einmal so recht inne wird, dem überkommt große Ehrfurcht vor der wunderbaren Kraft dieser unheimlichen Körner ... und wohl schwierlich wird er es über Herz bringen können, vielleicht um eine Blume eine Anzahl Palme achseln zu zertreten.

Alte Postarten nicht ins Ausland schicken. Es wird vielfach nicht beachtet, daß die vor einiger Zeit zwecks Aufbrauchs alter Kartenbestände herausgegebenen Postarten mit dem aus Linienwerk hergestellten Ergänzung-Sahlenstempel zu 35 und 50 M nicht ins Ausland versandt werden dürfen. Solche Postarten sind von fremdländischen Postanstalten in letzter Zeit wiederholt beanstanden oder mit Nachgebühr belegt worden. Wenn auch anzunehmen ist, daß nur noch geringe Bestände von Postarten der bezeichneten Art in den Händen des Publizums sich befinden — neu hergestellt werden sie nicht mehr —, so wird doch im Interesse der Verleger erneut darauf hingewiesen, daß die Karten nur im Inlande verlehrt gültig sind.

Werbekomitee in Wilsdruff. Morgen Sonntag, den 30. Juli, unternimmt der Schwimmverein Deuben von 1895, E. V. Mitglied der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, einen Ausflug nach unserer Stadt und wird um 1/4 Uhr im Teiche des Herrn Fabrikbesitzer Sinicus ein Schau- und Werbe schwimmen abhalten. Es werden von Damen-, Männer-, Jugend- und Kindertriere verfechtete Schwimmarten, Sprünge, Lebensrettung u. a. m. vorgeführt. Abends 7 Uhr finden im Adlersaal Vorträge über die Bedeutung des Schwimmports im Allgemeinen statt. Obengenannter Verein legt besonderen Wert darauf, besonders unsere Jugend sowie Männer und Frauen im Schwimmen aus- und fortzubilden. Das Schwimmen ist neben dem Turnen einer mit den besten Sportsarten, um den Körper gesund und kräftig zu erhalten. Alle Interessenten unserer Stadt sowie die Vertreter unserer Stadt sind zu diesen Veranstaltungen eingeladen.

Die Ermäßigung beim Steuerabzug. Die Beträge, um die sich der von dem Arbeitslohn (Bar- und Natural- oder Sachbezüge) einzuhaltende Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns ermäßigt, betragen bei jeder nach dem 31. Juli 1922 erfolgenden Lohnzahlung von einem nach dem 31. Juli 1922 fällig gewordenen Arbeitslohn vom 1. August 1922 ab 1. für den Arbeitnehmer selbst monatlich 40 M (bisher 20 M), 2. für den für den Arbeitnehmer zugelassenen Paushalt zur Abgeltung der nach § 13 zulässigen Abzüge (Werbeungskostenpauschal) monatlich 90 M (bisher 45 M), 3. für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau monatlich 40 M (bisher 20 M), 4. für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen bzw. nicht über 17 Jahre ein Kind mit eigenem Arbeitseinkommen oder für jeden vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen monatlich 80 M (bisher 30 M). Diese Ermäßigungen in Höhe von 40, 90 und 80 M monatlich sind bei jeder Lohnzahlung nach dem 31. Juli 1922 für einen nach diesem Zeitpunkt fällig gewordenen Arbeitslohn zu berücksichtigen. Der Arbeitgeber bleibt nach wie vor an die auf dem Steuerbuch für die Berücksichtigung vermerkte Zahl von Familienangehörigen gebunden, er kann z. B. nicht, wenn auf dem Steuerbuch die Ermäßigung für ein minderjähriges Kind vorgetragen ist, für ein inzwischen hinzugekommenes weiteres Kind, für das vom Finanzamt eine Ermäßigung nicht vorgetragen ist, noch eine Ermäßigung berücksichtigen. Beispiele: 1. Arbeitnehmer mit 3500 M Monatsarbeitslohn. Ab 1. August 1922 sind von dem für den Monat August und für die folgenden Monate gehaltene Arbeitslohn monatlich einzubehalten: 350 M (d. i. 10 v. H. von 3500 M) — (40 + 90 =) 130 M = 220 M. 2. Verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder, dem vom Finanzamt eine Erhöhung des Werbeungskostenpauschales von 540 M auf 780 M jährlich zugelassen worden ist, mit einem Monatsarbeitslohn von 2700 M. Monatlich ab 1. August eingubehalten: 270 — (40 + 90 + 40 =) 170 M = 100 M. 3. Verheirateter Arbeitnehmer mit 2 minderjährigen Kindern. Arbeitslohn 1200 M. Ab 1. August 1922 wöchentlich einzubehalten: 120 — (9,60 + 21,00 + 9,60 + 19,20 + 19,20 =) 79,20 M = 40,80 M — abgerundet auf 40 M. 4. Verheirateter Arbeitnehmer mit 3 minderjährigen Kindern und 2 vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen: Tageslohn 210 M. Ab 1. August 1922 sein Steuerabzug mehr, da die Ermäßigungen zu (1,60 + 3,60 + 1,60 + (5 × 3,20 =) 23,80 M den an sich einzubehaltenden Betrag von 21 M (d. i. 10 v. H. von 210 M) überschreiten.

Der neue Brotpreis im August. Wie wir von zuständiger Seite hören, wird sich von Mitte August nach dem Anfangstreten der neuen Getreideumlage der Preis für Markendorf pro Pfund nicht unter 7 M stellen, so daß das übliche Bierpfund rot 28 M kosten wird.

Die Arbeitsmarktlage blieb in der Berichtswoche für Arbeitssuchende weiterhin günstig. Wenige Änderungen trateten nicht ein.

In der Landwirtschaft konnten der große Bedarf an männlichen und weiblichen Arbeitskräften jeden Alters nicht gedeckt werden. Besonders fühlbar wird der Mangel an Erntearbeitern.

Sonntagseinbrecher an der Arbeit! In sämtlichen Städten sind Sonnags Wohnungseinbrüche ausgeführt worden, die offenbar auf das Konto reisender Einbrecher zurückzuführen sind. Die heimgesuchten Wohnungen sind mit Radialschlüsseln geöffnet worden, während die Einbrecher innerhalb der Behausungen mit verschiedenen Einbruchswerzeugen gearbeitet und allerhand Behältnisse erbrochen haben. Da anzunehmen ist, daß die Einbrecher anderorts auftauchen, wird dringend empfohlen, auf alle möglichen Personen, die in den Häusern aus- und einzugehen, zu achten.

Porzellanmünze des Jäger-Bataillons 12. aktiv und 12. Reserve. Um die Mittel zum Bau eines Ehrenmals für die im Weltkrieg gefallenen Bataillonsangehörigen zu erhöhen, hat der Denkmalausbau eine herzliche Porzellanzahl prägen lassen. Die Münze, in verschiedener Ausführung — braunes und weißes Porzellan — sind hergestellt in der Porzellanmanufaktur Meissen. Sie sind erhältlich beim Schriftführer Gerhard der Kreisvereinigung ehemaliger Freiberger Jäger, Dresden, Gneisenaustraße 15.

Bezahlst die Handwerker! Es wird erneut ersucht, den kleinen Handwerkern die Rechnungen so bald als möglich zu bezahlen, weil diese sonst infolge der stetig steigenden Preise kein Betriebskapital haben und nicht weiter einlaufen können.

In Süddeutschland läuft alles 4. Klasse. Die Zeitungen berichten: Während in Norddeutschland von tausend Reisenden 60 in der vierten, 30 in der dritten und 10 in der zweiten Jahren sind diese Ziffer

Klasse auf große Streden leer. Die dritte Klasse ist gleichfalls so schlecht benutzt, daß sie nur die Betriebskosten erhöhen. Daher wird auf Nebenstreden fast nur die Einheitsklasse, also die vierte Klasse, geführt.

— **Abgedrohene Tomatenzweige.** Bei starkem Wind kommt es nicht selten vor, daß reich mit Tomaten besetzte Zweige der Tomaten abrinden. Solche Zweige braucht man noch lange nicht verloren zu geben. Man drückt den abgedrohten Zweig zunächst wieder in seine natürliche Lage und schüttet ihn durch einen in den Boden gesetzten Stock fest an, so daß er seine Lage nicht mehr verändern kann. Man wird bald merken, daß der Zweig wieder wächst und seine Früchte weiter entwidelt, als ob nichts geschehen sei.

— **Die Entwicklung des Mädchenserwerbswesens in Sachsen.** Durch das sächsische Übergangsschulgesetz ist bekanntlich in Sachsen die „Kann“-Mädchenfortbildungsschule in eine „Nutz“-Fortbildungsschule umgewandelt worden. Dieser Umstand hat natürlich bewirkt, daß die Zahl der Mädchenfortbildungsschulen wie auch die der Schülerinnen ganz erheblich emporgeschossen ist. Im Jahre 1884 gab es in Sachsen nur 840 weibliche gegenüber 62 525 männlichen Fortbildungsschülern. 1904 war die Zahl auf 2474 gegenüber 86 109 gestiegen. Erst das Jahr 1921 ließ diese Zahl auf 59 765 gegenüber 92 102 emporsteigen. Unter den 1921 gezählten Fortbildungsschülerinnen befanden sich 21 899, also ein rechtliches Drittel, ungelehrte Arbeiterinnen. Die Schülerinnenzahl von 62 451 beweist, daß viele Gemeinden bereits vor dem durch das Übergangsschulgesetz vorgegebenen Zeitpunkt das zweite, einzelne auch schon das dritte Schuljahr eingerichtet hatten. Für das Winterhalbjahr 1923/24, bis zu welchem Zeitpunkt die völlige Durchführung der gesetzlichen Mädchenfortbildungsschulpflicht in Sachsen erfolgt sein muß, schätzt man die Zahl aller Mädchenfortbildungsschülerinnen in Sachsen auf etwa 120 000.

— **Gorditz.** Der Raubüberfall in der Beerenweinstraße zu Niedergorditz stellt sich als ein ganz geheimgebliebenes Verbrechen dar, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben. Beder und Steinert hatten in der Schweinemastanstalt von Bär in Coschütz Unterschlupf gefunden. Schweinezüchter Bär wollte mit einer Familie als Gast in jener Beerenweinstraße, er hatte entsprechende Kenntnis von dem geplanten Raubüberfall, er hob auch als erster die Hände empor, als die beiden Räuber mit vorgehaltene Schußwaffen eintrangen und dann den Kassenkram ausraubten. Bär ließ sich ruhig ausplündern, er war scheinbar sehr erschrocken, hat aber später mit den Verbrechern den Raub offenbar geteilt. Durch die Handlungswise des Schweinezüchters Bär hatten sich auch die anderen Gäste, der Wirt nebst Frau und Tochter blussen lassen, es erschien einfach unschön, daß dieser Streich so glatt durchgeführt werden konnte, wo soviel Personen den beiden Räubern gegenüber standen. Unausgeglichen sind die in Frage kommenden Polizeiorgane mit der restlosen Aufklärung auch der anderen verbrecherischen Verbrechen beschäftigt.

— **Hirschfelde.** Am staatlichen Elektrizitätswerk ereigneten sich am Montag früh zwei Unfälle. Der Schürer Walter Stohr brach durch das Glasdach des Kesselhauses und stürzte auf die Maschinen im Kesselhaus, wobei er so schwere Verletzungen davontrug, daß der Tod nach kurzer Zeit durch innere Verblutung erfolgte. — Am Nachmittag des gleichen Tages stellte der Schlosser Max Herrmann an einer Krananlage am Werk und kam dabei mit einer auf 380 Volt gespannten Leitung in Berührung. Er blieb unter Stromschlag zu Boden hängen, stürzte aber später ab und blieb mit zerstörtem Schädel tot liegen.

— **Marienberg.** In der letzten Bezirksschulinspektion der Amtshauptmannschaft Marienberg kam es zu einer regen Aussprache über die Kohlenversorgung. Die Aussichten für den Winter wurden als recht trübe bezeichnet. Es soll böhmische Braunkohle bestellt und für den Notfall für den Bezirk eingelagert werden. Die Amtshauptmannschaft wurde ermächtigt, zu einer großzügigen Hilfsaktion ein Vorleben von 3 Mill. aufzunehmen; dafür soll eine gute böhmische Braunkohle bestellt werden.

— **Calenberg b. H.-E.** Einbrecher erbeuteten in der Strumpffabrik von Robert Uhlmann Seide, Zinskämme und Treibriemen im Werte von 120 000 M. Der Geschädigte bat für Wiederbeschaffung der Diebesbeute 10 000 M. Belohnung ausgeschaut.

— **Oberlungwitz.** Lebensgefährliche Verletzungen trug der 42jährige Geschäftsführer Josef Seifert aus Wüstenbrand davon, der beim Anschleifen seines Fuhrwerks von diesem zweimal überfahren wurde.

— **Fraureuth.** Einem hiesigen Techniker wurde kürzlich gelegentlich einer Ballmusik die Taschenuhr nebst der aus neun goldenen Dollarstücken hergestellten Uhrkette aus der Weste gestohlen. Alle Nachsuchungen nach dem Dieb blieben erfolglos. Vor einigen Tagen erhielt der Bestohlene Uhr und Kette wieder zugestellt, und zwar mit der Mahnung, künftig vorsichtiger zu sein und nicht mehr zu trinken, als er vertragen kann.

Sport und Spiel.

— **Städtewettkampf Wilsdruff-Tharandt.** Alljährlich messen sich die Turnvereine (D. L.) Wilsdruff und Tharandt in einem Städtewettkampf. Dieser Wettkampf wird am kommenden Sonntag auf dem noch im Bau befindlichen Turnplatz des hiesigen Turnvereins an der Meissner Straße ausgetragen. Die turnerische Tätigkeit wird nach einem kurzen Umzug mit allgemeinen Freilübungen der Turner, Jugendturner und Knaben sowie der Turnerinnen und Mädchen beginnen. Anschließend werden sich die Turner von 18–35 Jahren in einem Gerätewettkampf und einem volkstümlichen Dreistampf, die Turner über 35 Jahre, die Jugendturner und die Turnerinnen in je einem volkstümlichen Dreistampf gegenüberstellen. Sodann wird ein Einzelwettkampf im Dreisprung, eine viermal 100-Meter-Stafette (Elbotenlauf) und eine dreimal 1000-Meter-Stafette der Turner sowie eine viermal 50-Meter-Stafette der Turnerinnen stattfinden. Die Siegerverkündigung zugleich für den am vergangenen Sonntag stattgefundenen Langstreckenlauf Sora-Wilsdruff wird die Teilnehmer dann im Saale des Goldenen Löwen vereinen. Im Anbetracht der hohen Ziele, die sich die Deutsche Turnerschaft durch Prüfung der Leibesübungen gestellt hat, wäre es sehr erwünscht, wenn die hiesige Einwohnerschaft die Veranstaltung durch zahlreichen Besuch unterstützt. R. S.

Wettermitteilungen und mehrtägige Wettervorhersage.

Die gestern erwähnte neue nordwestliche Depression entfernt sich nordostwärts. Vorläufig reicht der Einfluß eines

kleinen nördlich von Dänemark liegenden Tiefdruckgebietes bis zu uns. Wir nehmen an, daß diese Einwirkung nicht von langer Dauer sein wird, unser Wetter vielmehr allmählich unter die Herrschaft des südwärtigen Hochdruckgebietes gelangen wird.

Somit rechnen wir für morgen zwar noch mit teilweise trübem, späterhin aber vorwiegend heiterem Wetter. Die Temperatur wird langsam steigen, während Niederschläge nicht mehr in Aussicht stehen.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 27. Juli.

Auftritt: 1. Rinder: a) — Ochsen, b) 5 Bullen, c) — Kalben und Kühe, 2. 622 Rinder, 3. 22 Schafe, 40 Schweine. Preise in Mark für Lebens- und Schlachtwieght: a) Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 3400 bis 3700, 620,- bis 6725, 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 2700 bis 3000, 6200 bis 6750, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 2100 bis 2500, 4475 bis 5200, 4. gering genährte jeden Alters 1800 bis 1900, 4000 bis 4475; b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 3200 bis 3400, 5625 bis 5800, 2. vollfleischige jüngere 2700 bis 3000, 4925 bis 5400, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 2200 bis 2500, 4250 bis 4800, 4. gering genährte 1600 bis 1800, 5875 bis 6250; c) Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 3400 bis 3700, 6200 bis 6725, 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 2200 bis 2300, 5600 bis 6100, 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 2200 bis 2500, 4900 bis 5200, 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 1400 bis 2000, 4250 bis 4900, 5. mäßig und gering genährte Kühe und Kalben 1200 bis 1500, 3550 bis 4250. Rinder: 1. Doppellender —, 2. beste Mast- und gute Saugkalber 4100 bis 4300, 6825 bis 6925, 3. mittlere Mast- und gute Saugkalber 3800 bis 4000, 6825 bis 6875, 4. geringe Rinder 2900 bis 3100, 5100 bis 5675. Schafe: 1. Mastlammer und jüngere Mastlammer 3800 bis 4000, 7000 bis 8000, 2. ältere Mastlammer 3400 bis 3600, 7575 bis 8000, mäßig genährte Hammel und Schafe (Mergschafe) 1800 bis 2900, 4700 bis 5750. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahre 6800 bis 6900, 8900 —, 2. Fettsschweine 6800 bis 7000, 8800 —, 3. fleischige 6500 bis 6700, 880 —, gering entwickelte 5900–6300, 8725 —, 5. Sauen und Eber 5800 bis 6600, 8150 —, Ausnahmepreise über Noit. Tendenz des Marktes: Rinder und Schweine langsam.

Kirchennachrichten — 7. Sonntag u. Trix.

Wilsdruff.
Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst (Pfarrer Luthardt-Grunbach).

Grumbach.
Vorm. 7.30 Uhr Predigtgottesdienst. — Sonnabend, 7 Uhr, Übungsstunde des Posaunenchors.

Rößelsdorf.
Vorm. 8.30 Uhr Predigt (Pf. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

Sora.
Vorm. 8 Uhr Hauptgottesdienst.
Röhrsdorf.
Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 1.30 Uhr Unterredung mit der lond. Jugend.

Blankenstein.
Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Neue Kartoffeln billigt bei Jäpel, Wilsdruff.

Für die vielen wohltenenden Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Groß- und Urgroßvaters, des

Privatus

Edvard Zimmermann
danken wir aufrichtig.

Marie verm. Lautenstein geb. Zimmermann
Hina verm. Seidel geb. Zimmermann
Oskar Windbüttel u. Frau geb. Zimmermann
nebst Kindern und Enkeln.

Wilsdruff, den 28. Juli 1922.

Weißkraut billigt bei Jäpel, Wilsdruff.

Die Verlobung ihrer Kinder
Liesbeth und Karl
bedarf ich anzuseigen

Gutsbesitzer
Max Richter und Frau
Katharina geb. Friedy
Hähndorf bei Weißeropp
Private Emilie verm. Dietrich
geb. Waelner
Goosberg (Amtsh. Döbeln)

Himbeeren, Johannis- beeren, Stachelbeeren kauf Jäpel, Wilsdruff.

Meine Verlobung mit Fräulein
Liesbeth Richter
bedarf ich mich anzuseigen

Karl Dietrich
Gutsbesitzer

Goosberg, im Juli 1922

Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit
dargebrachten schönen Geschenke und herzlichen
Glückwünsche von lieben Freunden und Nachbarn
danken wir hierdurch recht herzlich.

Besonderen Dank dem M.G.B. „Sängerkranz“ für den herrlichen Gesang.

Wilsdruff, am 28. Juli 1922.

Otto Lange und Frau, Rosenstraße.

Bezirksobstbauverein Wilsdruff u. Umg.

Versammlung
Sonntag den 30. Juli, nachm.
4 Uhr im „Goldenen Löwen“
Allgemeine Befreiung.

D. B.

Thomasmehl
und Kainit
rohes Knochenmehl
Ammon. Superphosph.

empfiehlt

Albert Harz
Mohorn.

Gebr. Herrenrad verkauft H. Gräfe, Friedhofstraße.

Gutes Arbeitspferd
sehr übermäßig, steht billig
zu verkaufen.

A. Blanzy,

Meital-Meilen.

D. B.

Ein tüchtiges
Hausmädchen

wird zum baldigen Antritt
gesucht.

Ebenso findet ein 15jähriges

Mädchen als

zweites Hausmädchen

Stellung bei

Frau Fabrikbesitzer Standesk

Freital-Dreben.

2 Erntefrauen sucht bei hohem Lohn und Deputat Hildebrand.

Arbeiter
gleich welcher Art, für ca.
14 Tage gefücht.

Angeb. an die Geschäftsf.

d. B. unter 4247 erbeten.

Ehrliches fleißiges
Hausmädchen

für kinderlosen Haushalt für

sofort gesucht. Hausskleidung

teilweise gewährt.

Frau Marie Japel,

Freital-Dreben,

Modewarenhaus, an der

Wilhelmstraße.

Der springende

Punkt für den geschäftlichen Erfolg
ist das Justieren.
Die Angeleger spart
den Reisenden, der
heute nicht mehr zu
bezahlen ist, sie
schafft aber auch in
der nächsten Um-
gebung wertvolle
Verbindungen.

Das Publikum ist
daran gewöhnt,
seinen Bedarf nach
den Angelegen im
Wilsdruffer Tage-
blatt zu bestimmen.